

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur vormittags. Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. in voraus zahlbar. Für Vollbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband begeben für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 Pfg., in das übrige Ausland 27 Pfg., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 45 Pfg. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 84.

Die achtgrößte Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigengebühr. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# WELTZEITUNG

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Bayern will nicht entwaffnen!

### Eine Erklärung Kahrs

München, 28. Mai. (W. T. S.)

Im Staatshaushaltsauschuss des Landtages gab Ministerpräsident v. Kahr heute folgende Erklärung ab:

Durch die Annahme des Ultimatums der alliierten Regierungen sieht sich der Reichstag, die Reichsregierung und die bayerische Regierung vor neue Entscheidungen gestellt. Die bayerische Regierung ist bemüht, diese im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu treffen. Ich hatte gehofft, daß die endgültigen Verhandlungen mit der Reichsregierung bis gestern werden zum Abschluß gebracht werden können. Durch die Abwesenheit des Reichstanzlers von Berlin haben aber die Verhandlungen eine Verzögerung erfahren und konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden, so daß weder der Ministerpräsident noch die Koalitionsparteien bisher in der Lage waren, in dieser Sache abschließend Stellung zu nehmen. Zu meinem Bedauern kann ich daher heute noch nicht über die Sache Mitteilung machen. Sobald der Stand der Verhandlungen es gestattet, werde ich den Ausschuss informieren. Ich hoffe, daß dies am Montag der Fall sein wird.

In die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, in der die Redner der Mehrheitssozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten ihrer Nichtbefriedigung über die Worte des Ministerpräsidenten Ausdruck gaben. Namens der Koalitionsparteien erklärte Abg. Sped sich durch die Erklärung des Ministerpräsidenten für vollständig befriedigt. Der Vorsitzende des Ausschusses stellte schließlich fest, daß der Ministerpräsident am Montag eine weitere Erklärung abgeben werde.

Diese Erklärung läßt deutlich erkennen, daß die bayerische Regierung und die bürgerlichen Parteien Bayerns auch jetzt noch nicht den Ernst der Stunde begriffen haben und nach zweideutigen Auswegen suchen, durch die sie die Entwaffnung

und die Auflösung der Einwohnerwehren zu verhindern trachten. Aber auch die Haltung der Reichsregierung ist überaus bedenklich und erweckt den Eindruck, als wenn auch sie den bayerischen Bestrebungen nach Erhaltung der Einwohnerwehren, wenigstens im gewissen Umfange, nachzugeben geneigt ist. Ein solches Verhalten würde den schärfsten Widerstand unserer Partei hervorrufen müssen.

Daß in Bayern die Bestrebungen nach Verhinderung der Entwaffnung und der Aufhebung der Einwohnerwehren großen Einfluß auch auf die Regierung haben, geht aus einem aus München herrührenden Artikel der „Deutschen Zeitung“ deutlich hervor. In diesem Artikel wird nicht nur offen mit dem Bruch Bayerns vom Reich gedroht, sondern auch erklärt, daß

„es leicht eine andere Ueberraschung einstellen könnte, zu der man in Berlin höchst schmerzhaft das Gesicht ziehen würde“.

Was mit diesen Redewendungen gemeint ist, geht dann aus einer anderen Stelle des Artikels hervor, die lautet:

„Man in Berlin wirklich so verblendet, nicht einsehen zu wollen, daß man in einer gewissen Gesandtschaft Münchens nur auf das Aufdämmern eines solchen Gemütszustandes wartet, um dann mit großmütiger theatralischer Gebärde Bayern die Last des Versailler Friedens von den Schultern zu nehmen?“

Diesen Nationalisten gegenüber, die uns wegen ihrer reaktionären Gesinnung die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen Deutschlands und neue außenpolitische Konflikte heraufbeschwören wollen, darf nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt werden. Ihren Nachtgeklüften kann mit Hilfe der bayerischen und der übrigen Arbeiterschaft leicht ein vollkommenes Ende bereitet werden.

Die französische Regierung werde sie ablehnen, weil die deutschen und die polnischen Führer erklärt hätten, daß sie bereit seien, die Autorität der Volksabstimmungskommission anzuerkennen. Es sei deshalb also unzumutbar, eine Lösung anzunehmen, die den Grundsatz in sich schließt, daß der Kampf fortgehen werde. Auch habe die Interalliierte Militärkommission erklärt, die Soldaten seien in den genannten Gebieten gefährdet. Schließlich aber wendet sich Bertinaz dagegen, daß man die Bezirke Pleß und Koblitz abspaltiere. Gerade diese beiden Bezirke hätten eine sehr starke polnische Mehrheit, und wenn man sie abspaltiere, dann werde das Stimmenverhältnis für Polen ungünstig. Außerdem lieferten die Kreise Pleß und Koblitz nur etwa ein Fünftel der gesamten Kohlenproduktion. Frankreich müsse sich also auf den Grundsatze der Unteilbarkeit des Industriegebietes festlegen.

### Die Darstellung des Generals De Rond

General De Rond empfing den Vertreter des „New York Herald“ in Opatowitz und gab ihm über Obereschlesien folgende Erklärung:

Das ganze Unglück ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die alliierten Regierungen meinen Warnungen kein Gehör schenkten. Ich habe 50 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung gesendet. Die französische Regierung stellte mir 13 000 Mann zur Verfügung, während England mir 3000 Mann sandte, die aber wieder zurückgezogen wurden, ehe die Unruhen noch ausbrachen. Gewisse englische militärische Kreise behaupten, daß es mir nur darum zu tun sei, lieber weitere französische als englische Truppen zugesandt zu erhalten. Diese Behauptungen sind durchaus falsch. Im Gegenteil begrüße ich es, daß nunmehr englische Truppen eintreffen. De Rond befreit, eine persönliche Politik in Oberschlesien zu betreiben. Er habe immer wieder beiden Teilen energisch zugeredet, Mäßigung zu bewahren und die Tatsache anzuerkennen, daß die beiden Rassen miteinander leben müßten. In keiner Weise sei er für eine polnische Mehrheit in Oberschlesien eingetreten. De Rond wendet sich gegen die Gewalt, die Polen im Industriegebiet angewendet hat. Die Franzosen hätten Polen keinerlei Ermutigung zuteil werden lassen, sondern trotz der geringen Zahl der vorhandenen französischen Truppen, polnische Truppen wiederholt abgewehrt. Die französische Regierung sei wegen der Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen wiederholt von ihm gewarnt worden. Der Berichterstatter wandte ein, daß die englische und die italienische Regierung behaupteten, eine derartige Warnung nicht erhalten zu haben. De Rond antwortete darauf: Ich kann für die Art und Weise nicht zur Verantwortung gezogen werden, in der andere die Situation einschärfen. Die zu erwartenden englischen Bataillone sind nach meiner Auffassung militärisch unbedeutend, polizeilich jedoch werden sie großen Einfluß ausüben, da sie beihilflos sein werden, eine neutrale Zone zwischen den Kriegführenden zu errichten. De Rond glaubt nicht, daß die deutsche Regierung für das Eindringen der Freiwilligenkorps zur Verantwortung gezogen werden könne.

### Verschiebung der Boulogner Konferenz

Paris, 28. Mai. Das „Echo de Paris“ teilt mit, es scheine sich zu bestätigen, daß nach der Meinung der französischen Regierung die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates nicht vor dem 15. Juni stattfinden werde. — Bertinaz erklärt an einer anderen Stelle des Blattes, daß diese Vertagung von der französischen Regierung verlangt werde. — Wie das „Echo de Paris“ weiter mitteilt, wird Ministerpräsident Briand am Montag im Senat eine Erklärung über die auswärtige Politik und das Abkommen von London abgeben. Man wisse noch nicht, ob sich eine Debatte daran knüpfen werde.

### Die Lage ernster, als je

London, 28. Mai. „Times“ meldet aus Opatowitz: Die Behauptung, daß die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, ist eine vollkommen falsche Darstellung der wahren Lage, die ernster ist, als je. Selbst wenn Korfantsy veranlaßt werden würde, sich zum Rückzug bereit zu erklären, abzurufen und die von ihm übernommenen Nachbefugnisse der Kommission zu übertragen, würden Korfantsys Leute dagegen wehren. Es ist für einen italienischen Offizier heute nicht mehr möglich, sich innerhalb der Linie der polnischen Aufständischen zu zeigen, ohne daß er zurückgehalten, bedroht und von ausländischen Banden beschimpft wird, die sich um die Befehle ihrer Führer gar nicht kümmern und in deren Augen Engländer und Italiener nichts anderes, als Verbündete der Deutschen sind.

### Die englisch-italienischen Vorschläge

Paris, 28. Mai. Der englische Botschafter in Paris läßt der Havasagentur folgende Mitteilung zugehen: In der Presse ist mitgeteilt worden, daß der englische und der italienische Kommissar der Interalliierten Abstimmungskommission der Botschafterkonferenz einen Vorschlag unterbreiten würden, Oberschlesien nur zum Teil aufzuteilen und die Aufteilung des strittigen Industriegebietes auf unbestimmte Zeit zu vertagen mit dem Gedanken, daß alles, was nicht sofort Polen zugesprochen werden müsse, notwendigerweise an Deutschland zurückfalle. In Wahrheit hat der englische und italienische Vorschlag einzig den Zweck, die Autorität der Interalliierten Kommission wiederherzustellen, die auch dem ganzen Abstimmungsgebiet erhalten bleiben soll. Von einer teilweisen Aufteilung des Abstimmungsgebietes unter Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung des Obersten Rates könne keine Rede sein.

### Ein neuer „Schritt“ in Berlin?

CC. London, 28. Mai. Reuter meldet, daß Charles Laurent am Donnerstag Lord d'Abbernon ersuchte, sich an einem gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu beteiligen. Obwohl Lord d'Abbernon bereits wiederholt Schritte bei der deutschen Regierung unternommen hatte, willfahrte er dem Ersuchen Laurents und sprach mit Dr. Rosen, der ihm die gleiche Erklärung abgab wie Laurent.

## Korfantys Unterwerfung

### Nur unter „Bedingungen“

Nach einer Meldung der Agence Havas hat der Führer der polnischen Insurgenten Korfantsy mitgeteilt, daß er die Waffen niederlegt und die Amtsgewalt der Interalliierten Kommission anerkennt. Er hat aber daran folgende Bedingungen geknüpft: Vor allem darf eine Entwaffnung der Insurgenten nicht stattfinden. Die Interalliierte Kommission muß die gesamte Verwaltung von Oberschlesien, sowie die Leitung der industriellen Unternehmungen reorganisieren. Alle Spuren des preußischen Systems sollen verschwinden. Polen muß einen Anteil an der Ueberwachung der Steuereinnahme, ferner der Gerichtsbarkeit, der Eisenbahn, Post- und Telegraphen, sowie an allen Gemeindefunktionen erhalten. — Korfantsys Erklärung ist nach der Erklärung des Korrespondenten der „Chicago Tribune“ nicht etwa auf Friedensliebe zurückzuführen, sondern der Führer der Polen habe Furcht vor dem Eintreffen englischer Truppen. Er erkläre, diese seien parteiisch und würden Zusammenstöße herbeiführen.

### Die Lage ernster, als je

London, 28. Mai. „Times“ meldet aus Opatowitz: Die Behauptung, daß die Ordnung in Oberschlesien wiederhergestellt sei, ist eine vollkommen falsche Darstellung der wahren Lage, die ernster ist, als je. Selbst wenn Korfantsy veranlaßt werden würde, sich zum Rückzug bereit zu erklären, abzurufen und die von ihm übernommenen Nachbefugnisse der Kommission zu übertragen, würden Korfantsys Leute dagegen wehren. Es ist für einen italienischen Offizier heute nicht mehr möglich, sich innerhalb der Linie der polnischen Aufständischen zu zeigen, ohne daß er zurückgehalten, bedroht und von ausländischen Banden beschimpft wird, die sich um die Befehle ihrer Führer gar nicht kümmern und in deren Augen Engländer und Italiener nichts anderes, als Verbündete der Deutschen sind.

Der italienische Außenminister Graf Sforza hat zwar einem Vertreter des „Corriere della Sera“ erklärt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach noch vor dem 1. Juni eine Entscheidung in der obereschlesischen Frage gefällt werde, aber es scheint doch nicht, als ob diese Aussage in Erfüllung gehen würde. Auch die von der Agence Havas gemeldete Unterwerfung Korfantsys unter die Interalliierte Kommission ist nicht so aufzufassen, als ob nunmehr alle Schwierigkeiten beseitigt sind. Hat er doch daran Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung tatsächlich die Anerkennung des polnischen Aufstandes bedeuten würde. Außerdem würde das Verlangen, daß Polen an der staat-

lichen Verwaltung Oberschlesiens schon jetzt einen Anteil erhalten soll, eine Vorwegnahme der Entscheidungen der Alliierten darstellen. Nach einer anderen Meldung ist der Waffenstillstand Korfantsys auch deshalb keine besondere Bedeutung beizumessen, weil ihm angeblich die Aufständischen selbst dabei nicht folgen würden.

Inzwischen gehen die Verhandlungen bei den Alliierten weiter, ohne daß es ihnen zu gelingen scheint, sich zu einem entscheidenden Schritte aufzuraffen. Die französische Regierung sucht den Zusammentritt des Obersten Rates immer weiter hinauszuschieben in der Annahme, daß sie in der Zwischenzeit die anderen Regierungen für ihre polenfreundlichen Pläne gewinnen könnte. Die englisch-italienischen Vorschläge, die nicht, wie zuerst berichtet worden ist, eine teilweise Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien bringen, sondern der Interalliierten Kommission die Ausführung ihrer Befugnisse erleichtern sollen, haben bisher noch keine allgemeine Zustimmung gefunden. Immerhin ist festzustellen, daß die obereschlesische Krise ihrer Lösung entgegengeht, und wenn immer wieder neue Verzögerungen entstehen, so tragen daran die Schuld die Nationalisten in allen Lagern.

### Die englisch-italienischen Vorschläge

Paris, 28. Mai. Der englische Botschafter in Paris läßt der Havasagentur folgende Mitteilung zugehen: In der Presse ist mitgeteilt worden, daß der englische und der italienische Kommissar der Interalliierten Abstimmungskommission der Botschafterkonferenz einen Vorschlag unterbreiten würden, Oberschlesien nur zum Teil aufzuteilen und die Aufteilung des strittigen Industriegebietes auf unbestimmte Zeit zu vertagen mit dem Gedanken, daß alles, was nicht sofort Polen zugesprochen werden müsse, notwendigerweise an Deutschland zurückfalle. In Wahrheit hat der englische und italienische Vorschlag einzig den Zweck, die Autorität der Interalliierten Kommission wiederherzustellen, die auch dem ganzen Abstimmungsgebiet erhalten bleiben soll. Von einer teilweisen Aufteilung des Abstimmungsgebietes unter Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung des Obersten Rates könne keine Rede sein.

Dem „Echo de Paris“ zufolge hat sich der Botschafterrat mit einem Vorschlag des Generals de Marini und des Obersten Bertinaz zu beschäftigen. Die beiden Kommissare hätten den Vorschlag unterbreitet, unzerstückelt die Bezirke, in denen Deutschland eine unantastbare Mehrheit ergibt habe, durch deutsche Truppen, und die Bezirke, in denen Polen gefest habe, durch polnische Truppen besetzen zu lassen. 17 000 Mann alliierte Truppen sollen alsdann in dem strittigen Industriegebiet zusammengezogen werden, um dort eventuell später die neue Grenzlinie verteidigen zu können. Bertinaz nennt dies eine sehr schlechte Kom-



# Die Steuerföhen der Bankdirektoren

In Hamburg ist zwischen der freigewerkschaftlichen Organisation der Bankbeamten, dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und der Direktion der Norddeutschen Bank in Hamburg ein Konflikt ausgebrochen, der über die Ortsgrenzen hinaus das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Die Konfliktfälle, der zu der Entlassung des Betriebsratsobmannes geführt hat, liegt folgender Tabelle zu Grunde:

Die Norddeutsche Bank hat ihren Gesellschaftern und Direktoren zu der Gewinnbeteiligung und den Einkommensföhen ausserdem „Aufwandsentschädigungen“ in folgender Höhe gewöhrt:

Gesellschafter W. Schröder	50 000 M.
Direktor G. H. Koemmerer	20 000 M.
Direktor Ed. v. Desterreich	20 000 M.
Direktor D. Zonguel	15 000 M.
Direktor H. Willint	15 000 M.
Stellvert. Direktor Rühl	12 000 M.
Stellvert. Direktor Popper	12 000 M.
Stellvert. Direktor Schwidder	12 000 M.
Stellvert. Direktor Lühr	12 000 M.
Stellvert. Direktor Müll	12 000 M.

Nebenher sei als Kuriosum mitgeteilt, daß auch ein bereits vor einem Jahre ausgeschiedener, jetzt unter der Firma Maximilian von Schinkel selbständig Bankgeschäfte betreibender Herr eine Aufwandsentschädigung von über 52 000 Mark für das verlossene Jahr erhalten hat.

Diesen steuerfreien Aufwandsentschädigungen an die leitenden Direktoren stehen die monatlichen Bezüge der Angestellten und Arbeiter gegenüber, die, trotzdem sie im Höchstfalle nicht einmal die Hälfte der zuletzt genannten Summe erreichen, dennoch treu und gewissenhaft von der Bankleitung mit den gesetzlichen Steuerabzügen bis auf den letzten Pfennig bedacht werden. Da ist es wohl verständlich und bedarf keiner Erörterung, daß die Bankdirektoren insgesamt kein Interesse an dem Bekanntwerden derartiger „gottgewollter“ unterschiedlicher Behandlung zwischen dem steuerzahlenden Bankplebs und der steuerfreien Bankaristokratie haben. Wie souverän diese Herren die Steuerföhen handhaben, wenn es sich um die höchstwertige Person handelt, dafür noch ein Hamburger Beispiel:

Die Hamburger Filiale der Deutschen Bank schreibt an die Zentrale Berlin:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir vom Bundesfinanzamt Unterthe am 8. Oktober folgendes Schreiben erhielten: Auf das Schreiben vom 27. v. M. erwidere ich ergebenst, daß das Bundesfinanzamt an dem im Schreiben vom 17. p. M. eingenommenen Standpunkt festhalten und dabei verbleiben muß, daß die Bezüge der Vorstandsmittglieder einer Aktiengesellschaft dem Steuerabzuge unterliegen.“

Dieser Brief fährt dann weiter fort: „Wir werden, solange wir nichts weiter von Ihnen hören, den Direktoren und stellvertretenden Direktoren die Bezüge trotzdem ohne Abzug zahlen.“

Deutsche Bank, Filiale Hamburg.“

Die Arbeitnehmer stehen heute nahezu hilflos derartigen Zuständen gegenüber. Das ihnen im Betriebsrätegesetz auf dem Papier zugesicherte Kontrollrecht ist so verworren und eingeengt, daß es dem Betriebsrat in solchen Dingen, wenn er sie zufällig erhält, weder ein Recht des Einspruchs, noch irgendeine andere Möglichkeit gewährt, die labotierenden Bankdirektoren zur Ration zu bringen. So blieb es auch im vorliegenden Falle der gewerkschaftlichen Organisation überlassen, auf Umwegen sich über das Ziffernmaterial zu informieren und es zu veröffentlichen.

Was jetzt aber von der Norddeutschen Bank geschieht, bildet ein Schulbeispiel dafür, zu welcher größenwahnsinnigen Ueberhöhung des Machiberelches das Unternehmertum sich bereits versteigt. Ohne daß überhaupt der Betriebsrat von sich aus gegen diese offensibare Gesetzesumgehung Stellung genommen hätte, was bei gesunder Auffassung der Dinge sehr wohl als seine Pflicht angesehen werden kann, betrieb der mit 20 000 M. Aufwandsentschädigung abgekommene Direktor Koemmerer im höchsten Zorn den Obmann des Betriebsrates zu sich und eröffnete ihm in Gegenwart seiner mit 15 000 M. steuerfrei gebildeten Kollegen, er habe die Verpflichtung gehabt, als Obmann der Orts-

gruppe Hamburg und gleichzeitiger Vorsitzender des Betriebsrats seiner Bank die Veröffentlichung der Ziffern durch die Organisation zu verhindern. Die Direktion müsse es als einen Vertrauensmißbrauch gegenüber der Bank werten, daß er nicht sofort, nachdem er Kenntnis davon erhalten habe, daß das Ziffernmaterial sich in Händen der Organisation befinde, der Direktion davon Mitteilung gemacht habe. Außerdem habe er die Verpflichtung gehabt, diese Veröffentlichung zu verhindern. Die Ungeheuerlichkeit einer solchen Zumutung, durch die letzten Endes die Organisationsfunktionäre zu Hörgen der Bankleitungen gestempelt würden, ist den Norddeutschen Bankdirektoren später wohl selbst klar geworden. Jetzt erklären sie, die Maßregelung sei deshalb berechtigt, weil der Betriebsobmann die Richtigkeit der Ziffern, die bereits in aller Munde waren, der Organisation bestätigt habe. Anscheinend erwartet das Bankkapital also von seinen Angestellten, daß sie im Interesse seiner Steuerföhen zum Lügner ihrer eigenen Organisation gegenüber werden sollen.

Den Dank dafür, daß der Angestellte, trotzdem er die Richtigkeit nicht bestreiten konnte, die Organisation hat, seinen Gedächtnis von ihrem Material zu machen, stattdessen ihm jetzt die Direktion in der Form ab, daß sie seine fristlose Entlassung ausspricht, nachdem er 24 Jahre lang mit anerkannter Tüchtigkeit für das Institut gearbeitet hat. Soweit sind „in der freiesten Republik der Welt“ die sozialen Zustände geblieben, so malt sich in der Praxis die Verwirklichung der Verfassung ab, nach deren Artikel 105 die Angestellten berufen sind, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte, an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken.

Wenn in Deutschland wirklich Recht und Gerechtigkeit herrschte, würden jetzt nicht die Gerichte über die Entlassung zu urteilen haben, sondern die allerdings Papier gebildeten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes würden verwickelt, die aussprechen, daß Unternehmungen, die zum Zwecke der Täuschung und in der Absicht, den Arbeitnehmern Schaden zuzufügen, ihren Betriebsräten über den Vermögensstand des Unternehmens bestimmte falsche Tatsachen angeben oder bestimmte richtige Tatsachen unterdrücken, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Der Staatsanwalt muß in Deutschland allerdings noch gehören werden, der Bankdirektoren eines solchen Vergehens für fähig halten würde.

## Kommunistische Drückeberger

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der D. R. P. D. hat in seinem gestern von uns zitierten Aufruf erklärt, daß er die Parteioorganisation für die Forderungen unserer Partei und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einleitet werde, weil diese Forderungen, wenn sie auch nicht kommunistisch seien, geeignet sind, „den Kampf der Arbeiterklasse für unmittelbare Ziele einzuleiten“. Heute sucht die „Rote Fahne“ in einem ellenlangen Leitartikel nachzuweisen, daß die zehn Forderungen unseres Parteauftrufes nichts mit dem revolutionären Kampf der Arbeiter zu tun hätten, sondern nur ausgesprochenenmaßen der Ausführung des Entente-Ultimatums dienen. Während der Aufruf der Berliner Zentrale sich den Forderungen unserer Partei anschließt und sie als geeignete Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse erklärt, bezeichnet das Zentralsorgan der D. R. P. D. unsere Forderungen als eine „revolutionäre Geste“ und sucht unsere Partei als Handlangerin des Entente-Kapitalismus zu denunzieren.

Die Unehrlichkeit der kommunistischen Taktik wird aber noch dadurch grell illustriert, daß die „Rote Fahne“ es in derselben Nummer fertig bringt, sich im Namen der kommunistischen Partei dem Aufruf der Berliner Zentrale anzuschließen. Die „Rote Fahne“ ipeluliert offensichtlich auf die Kritiklosigkeit ihrer Leser, wenn sie annimmt, daß sie eine Zustimmung zu Forderungen erst nehmen könnten, die soeben noch als „revolutionäre Geste“ und Liebedienerei vor der Entente dargestellt worden sind. Darüber helfen auch die hohen Phrasen des kommunistischen Zentralorgans über „Kampf“ und „Kampfbereitschaft“ nicht hinweg. Wie die kommunistische Führerschaft „kämpft“, hat sie beim Märzputsch gezeigt. Und was von der Zielfarheit dieser Führerschaft zu halten ist, kann man noch in der soeben erschienenen

neuen Broschüre von Paul Zest, „Was ist das Verbrechen?“, nachlesen, in der die geköpfte Zentrale und die „Gögen“ und „Göghen“ der kommunistischen Partei naturgemäß abkontertiert sind.

Das Wesentlichste ist aber folgendes: Wir haben im unteren gestrigen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Zustimmung zu den Forderungen unserer Partei die Kommunisten dazu verpflichtete, den verwirklichen, verwickelnden Kampf innerhalb der Arbeiterklasse einzustellen, der der Arbeiterbewegung die schwersten Wunden zugefügt hat. Darauf geht die „Rote Fahne“ mit keiner Silbe ein. Das sagt genug. Statt der Eingliederung in eine einheitliche Front, wollen die Kommunisten die Beibehaltung ihrer alten hinterhältigen Taktik, die nicht darauf ausgeht, die Klassenfeinde des Proletariats zu bekämpfen, sondern die nur den eigenen Klassen genossen in den Rücken fällt.

## Der Wiederaufbau

Beratungen mit den deutschen Sachverständigen

EE. Paris, 28. Mai.

Gestern fand die erste Zusammenkunft zwischen den deutschen Sachverständigen und den Vertretern des französischen Wiederaufbauministeriums statt. Die Vertreter Frankreichs machten Bemerkungen über die Qualität des Materials, das für die von Deutschland angebotenen 25 000 Holzhäuser verwendet wird. Für heute vormittag ist eine neue Konferenz in Aussicht genommen. Am kommenden Sonntag bereits werden die deutschen Vertreter in der Lage sein, Loucheur ein Angebot zu machen, über das dann der Minister entscheiden wird.

## Fort mit der Presseknobelung!

Die württembergische Staatsregierung hat über die Zeitung „Der Kommunist“ die Vorzensur auf die Dauer von einem Monat verhängt. Seit dem 7. Mai d. J. war „Der Kommunist“ wegen Aufreizung zum Hochverrat und Landesverrat, sowie Vergehens gegen die Presseföhe beschlagnahmt.

Es muß mit aller Schärfe gegen den fortwährenden Unfug der Presseknobelung protestiert werden. Die Verhängung der Vorzensur ist ebenso ungesetzlich wie die willkürlichen Verbote und Beschlagnahmungen der Presse, die fast täglich gemeldet werden.

## Der englische Bergarbeiterstreik

Die Regierung verlangt Lohnherabsetzung

EE. London, 28. Mai.

Lloyd George, Sir Robert Horne und andere Mitglieder der Regierung hielten gestern die angekündigte Konferenz mit den Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern ab. Lloyd George hielt eine lange Rede, in der er erklärte, es sei natürlich, daß die Löhne nicht sofort herabgesetzt werden könnten. Es müsse ein Abkommen von langer Frist zustande gebracht werden, damit der Industrie Kohlen zu solchen Preisen geliefert werden könnten, die gewisse Gewinne ermöglichten. Eine zeitweilige Herabsetzung der Löhne müsse erfolgen, damit die Industrie die ihr auferlegten Lasten tragen könne. Eine Subvention der Industrie beabsichtige die Regierung nicht. Die dieser zugestandene Unterstützung betrage höchstens zehn Millionen Pfund Sterling. Dieser Betrag dürfte keinesfalls überschritten werden. Die Regierung wüßte auch keinen Druck auf die Bergwerksbesitzer auszuüben, um Bedingungen anzunehmen, die ihre Kraft übersteigen würden. Wenn sie jedoch die von der Regierung als annehmbar bezeichneten Bedingungen ablehnen sollte, würde diese alle weiteren Vermittlungsversuche aufgeben. Die Regierung wolle unparteiisch entscheiden.

Das Programm der Reichsregierung. Wie der Reichstagespräsident auf eine Anfrage des Reichstagespräsidenten mitgeteilt hat, wird die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm am 30. letzten Verhandlungstage des Reichstages, also am 1. Juni, erfolgen.

# Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer

In der Pfingstwoche, am 17. und 18. Mai, tagte im Bürgeraal des Frankfurter Rathauses der Bund entschiedener Schulreformer, auf dem zu den wichtigsten Schulproblemen Stellung genommen wurde. Die Tagung war von auswärtigen und Frankfurter Teilnehmern gut besucht. Ihre Beratungen zeigten, daß bei einem Teil unserer Schulmänner ein neuer lebendiger Geist vorhanden ist, der unser Schulwesen in fortschrittlichem Sinne um- und ausgestalten will.

Den ersten Vortrag über „Soziale Bedingungen und Hindernisse der Erziehung“ hielt Prof. Standinger-Darmstadt. Er betrachtete die Erziehungsfrage vom Standpunkt des Volkswirtschaftlers aus und sah Hindernisse in der Erziehung in unseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die einer Umgestaltung bedürftig sind. Die Menschen müßten von dem Gemeinschaftsgedanken durchdrungen sein. In wirklicher Sozialisierung, das heißt zur Schaffung von Kulturgemeinschaft, sei es nötig, den auf dem Zufallsstiele beruhenden Handelsaustausch in Gemeinschaftsaustausch umzuwandeln. Erst in und mit der Umwandlung des Unterbaues unserer Wirtschaft zur Tauschgemeinschaft gewinne man den Boden zur neuen Erziehung.

Das Hauptthema der Tagung: „Das Werden der neuen Schule“ behandelte Prof. Paul Desterreich-Berlin. Er wandte sich gegen das Stipendien- und Freistellenwesen und verlangte die Einführung einer Bildungs- und Kulturreform. Die Erziehungsfragen gingen nach den Lehren in erster Linie die Sitten an. Diese aufzuklären sei die Hauptaufgabe der Schulreformer. In der Bewegung für die neue Schule seien die Jugendbewegung und das Proletariat Hauptfaktoren. Die von den Schulreformern geforderte Schule könne nicht als etwas Fertiges und Endgültiges aufgebaut werden, sie könne nur im Maße und zum Zwecke der Wirtschaftreform, mit dem geistlichen Reifen des Volkes, als seine Voraussetzung und seine krönende Folge, wachsen und werden. Das Werden der neuen Schule solle nicht durch gewaltsamen, zentralisierten Zwang, sondern durch die Betätigung der lebendigen Kräfte erfolgen. Das Werden wird stets in der Diagonale geschehen, das Wollen und Drängen muß zum Gange, Unabgeleiteten und Unverminderten gehen. Kein Dogma darf hemmen, der Suchende sieht überall Probleme. An den Schluß der Welt zu rühren, ist die Aufgabe des entschiedenen Schulreformers.

Als Ergänzung dieses Vortrages war ein Referat von Karl Gaege-Hamburg über „Die produktive Gemeinschaftsschule“ anzusehen, das am zweiten Verhandlungstage

entgegengenommen wurde. Dieser Vortrag bildete den Höhepunkt der Tagung und fand die stärkste Zustimmung. Gaege ist ein begeisterter Fürsprecher der neuen Schule und zeigte sich als großer Idealist, der aus den Erfahrungen des Lebens schöpft. In der Jugendbewegung, auf die er ein hohes Loblied sang, erblickt er den Boden zur Wiedergeburt des Volkes. Innerhalb der Jugend sei eine neue Macht am Werke, mache sich ein heiliger Geist bemerkbar. Wollte man zu einer Schulgemeinschaft kommen, müsse man diese Jugend, ihre Kräfte und ihre Seele gewinnen. Sehr entschieden verwarf der Redner das Präzedenzfall. Pädagogik und Politik schienen sich nicht gegenseitig aus, sondern jede Pädagogik muß in feinerem Sinne Politik sein. Parteipolitik gehört natürlich nicht in die Schule. Die neue Schule hat von dem Grundgesetz auszugehen, daß Denken und Tun übereinstimmen. Es muß gebrochen werden mit der inneren Unwahrhaftigkeit, daß Lehren und Leben verschieden sind. In der produktiven Gemeinschaftsschule soll der Schüler nicht Objekt, sondern Subjekt sein. In der heutigen Schule geht alles nach Vorschriften. Weil wir diese Schule ändern wollen, nennen wir uns entschiedene Schulreformer. Die neue Schule ist im Werden, sie wird kommen, wenn man sich auf dem Boden der Arbeit findet.

Die Erziehung der Geschlechter besprach Siegfried Kawerau-Berlin. Er setzte als Ziel, im Rahmen der produktiven Schule eine schöpferische Jugend heranzubilden, die ein volles sittliches Verantwortlichkeitsgefühl habe.

Ueber Jugend und Kunst machte Prof. Franz Hiltner-Berlin interessante Ausführungen. Jugend und Kunst händen in starker Wechselwirkung zueinander. Die schöpferische Kraft der Jugend müßte zur vollen Entfaltung gebracht werden. Die Förderung der Kunstpflege in der Schule stege in der Richtung der Schulreform, wie vor allem in dem Gedanken der einheitlichen Einheitschule und der freien naturgemäßen Bildung zum Ausdruck kommt.

Ueber das Thema: „Schulreform und Lebensreform“ referierte Frau Ilse Müller-Desterreich-Berlin. Das Ziel der neuen Schule sei der produktive Mensch, der sein Werk mit Freudigkeit schafft, weil er den Sinn seines Tuns begreift. Sie wolle den jungen Menschen fähig machen, daß er in seiner Arbeit nicht nur die Gelegenheit zum Broterwerb sucht, sondern sie als Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft und damit als Glück empfinde.

An diese Referate schloß sich nur eine kurze Aussprache. Der Kongreß befahte sich hierauf mit dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes. Es wurde hierzu ein Vorschlag gefaßt, den wir bereits in der „Freiheit“ vom 24. Mai (Morgenblatt) veröffentlicht haben.

Ein Vortrag von August Heyn-Neuloh über „Die Gartenarbeitschule“ führte in die Praxis der Gemeinschaftsschule. Die Gartenarbeitschule, in die bisherigen Klassen- und Schulformen eingebaut, sei ein erster Schritt von der alten zur neuen deutschen Schule. Durch die Gartenarbeitschule erziehe man ein Geschlecht, das für Schönheit empfänglich ist und die Natur liebt.

Die Berufsschule als Glied der Produktionsschule behandelte Dr. Olga Essig-Frankfurt a. M. Eine Reform der heutigen Berufsschule habe von der Berufsbildung als Kern- und Ausgangspunkt einen Weg zur Menschenbildung zu suchen. Ihre Aufgabe liege also in der Synthese beruflicher Schulung mit allseitiger harmonischer Selbstauswirkung. Dazu bedürfe es außer grundsätzlichen Umgestaltungen im organisatorischen Aufbau vor allem einer völligen inneren Umstellung der Lehrmethoden und des Lehrstoffes nach Inhalt und Geist.

Nach einem Referat von Fritz Gansberg-Bremen über „Kindheitsgemähen Unterricht für die Begabten“ sprach Kawerau-Charlottenburg über den Geschichtsunterricht. Er stellt als Methode des Geschichtsunterrichts auf: Ausgangspunkt vom Kinde und von der Gemeinschaft. Beobachtung der Umwelt. Erarbeiten des Stoffes. Keine Suggestion, keine ewigen Aufgaben oder Gedächtnisdrill, sondern Forschungsaufgaben. Keine Aesthetik, sondern Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit. Das Ergebnis dieses Unterrichts sei freies Menschentum.

Damit war der Beratungsstoff erledigt, und die erfolgreiche Tagung wurde geschlossen.

## Der weiße Terror im Mai 1871

Zur Erinnerung an die Pariser Kommune.

Am 21. Mai 1871 lebte Mac Mahon die französische Regierungstruppen zum Sturm auf die Stadt Paris an. Eine Woche lang wütete die Reaktion. Ein anschauliches, allerdings ekelhaftes Bild vom weißen Terror gibt uns der englische Korrespondent des „Daily News“ vom 24. Mai 1871, das wir unseren Lesern heute wiedergeben wollen.

„Die Versailles Truppen hatten sich versammelt, um sich an einer Schlad gegen die Communards zu ergöhen. Die Pariser des bürgerlichen Lebens sind Lumpen bis auf den letzten Tropfen ihres dünnen, weißen Blutes. Erst gestern hatten sie gerufen: „Es lebe die Kommune!“ und sich wälig von dieser Kommune regenerieren lassen. Heute reihen sie sich in stabilerer Freude die Hände, daß sie es in ihrer Gewalt haben, einen Anhänger der Kommune zu denunzieren und ein Verdict zu verraten. Besonders eifrig hierbei sind die zarten Geschöpfe der Frauen. Sie kennen die Rattenlöcher, in welche die armen Teufel sich ver-







Groß-Berlin

Die Bekleidung Minderbemittelter

Der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung in Düsseldorf hat jetzt eine Schrift von Dr. Eisbach über „Freie oder gebundene Wirtschaft in der Kleiderversorgung“ herausgegeben...

Dr. Eisbach berichtet u. a., wie die Herstellung von Bekleidungsstücken für die minderbemittelte Bevölkerung organisiert worden ist. Es wurde während des Krieges u. a. die Kriegswirtschafts-Aktien-Gesellschaft begründet...

Bemerkenswert bei dieser Organisation, die ja eigentlich nur als Urheber den Staat herangezogen hat, deren Schöpfung und Durchführung aber ganz in Händen der Industrie lag, ist, daß sie sämtlichen deutschen Kleiderfabriken...

An Stelle der Kriegswirtschafts-Aktien-Gesellschaft trat später zur Verschönerung der im Reichseigentum befindlichen Textilien die Textil-Rohstoffversorgung...

Die Eisbach'sche Schrift vervollständigt das Bild von der bisherigen staatlichen Versorgungsregelung, die nichts anderes war, als eine staatliche Versorgung der Kapitalisten und Schieber auf Kosten der Verbraucher.

Lebensmittelvergeudung

Seit Jahr und Tag drückt eine schwere Nahrungsmittelnot das Proletariat nieder. Der hart fronende Arbeiter, seine Frau, die den Nachwuchs zum Leben erweckt...

Außerdem werden noch riesige Mengen wertvoller Nahrungsmittel durch Vergärung in Brauereien und Brennereien der Volksernährung entzogen...

Zweifellos verdient die im Flugblatt behandelte Frage die größte Beachtung der gesamten Arbeiterschaft.

Zum Direktor der Oberrechnungskammer wurde vom Berliner Magistrat der bisherige Bürgermeister Dr. Franz Köpenick gewählt.

Neuöfen. In der letzten Bezirksversammlung versuchten die Bürgerlichen wie schon in vielen anderen Bezirken, auch in Neu-Westen wieder einmal, Mittelhandspolitik zu treiben...

gegen die „Freiheit“, die „Rote Fahne“ und Rosa Luxemburg zu machen. Schneider gefiel diese reaktionären Maßnahmen...

Polstischwindel „im Dämmerzustand“. Wegen Polstischwindels wurde ein Dr. Bogi aus der Güntelstraße 27 zu Wilmersdorf verhaftet. Auf dem Polstischwindel wurde der Versuch gemacht, mit drei Schecks mehrere 100 000 Mark zu erheben...

Vorsicht vor einer Kinderwagen Diebstahl! Der gewerksmäßige Kinderwagen Diebstahl ist die neueste Spezialität in der Berliner Kriminalchronik. Die Spezialistin ist ein Mädchen von etwa 25 Jahren...

Feuer im Untergrundbahnhof Senefelderplatz. In der ersten Stunde entstand gestern in unmittelbarer Nähe des Untergrundbahnhofs Senefelderplatz ein größeres Feuer. Dort befindet sich ein Umformwerk...

Beim Baden ertrunken. Der 17jährige Walter Wichwa, der bei seinen Eltern im Hause Vöhrstedter Straße 12, wohnte, ist gestern beim Baden im Bismarcksee, nahe der Militärabteilung, ertrunken...

Voranschläge Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Etwas kühl, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen...

Gewerkchaftliches

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund

Die halbjährige Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand am 18., 19. und 20. Mai statt, an der Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Deutschland und die Tschechoslowakei vertreten waren...

ungarischen Gewerkschaftsbund ein Betrag überwiesen werden. Man einige sich weiter, dem nächsten Kongress vorzulegen...

Generalversammlung der Metallarbeiter

Am Montag, den 23. Mai 1921, fand die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung in der Bodbrauerei, Friedrichstraße, statt. Dieselbe nahm Stellung zu den Anträgen...

Zu § 38 Abs. 7 des Statutes wurde eine Änderung vorgeschlagen, daß eine außerordentliche Generalversammlung auf Beschluss des erweiterten Rates einberufen werden muß...

Ein Antrag, der besagt, daß der Verbandstag beschließen müsse, den Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale zu vollziehen, wurde nach eindringlicher Gegenüberlegung des Bevollmächtigten Ziska abgelehnt...

Abkehr von Moskau

Die Eisen-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschleifer, die circa 15 000 Mitglieder zählen, hielten am 26. 5. im Kriegervereinhaus eine Branchenerammlung ab...

Parteiveranstaltungen

5. Verwaltungsbereich (Preparanda-Kommunikation, Ober- und Nieder-Schule, Weite, Jüdische, Jüdische, etc.). Die Mitglieder werden ersucht...

Bereinskalender

Sonntag, 29. Mai. 11 Uhr in Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. V. Kallie: Genesungsfähigkeit I. Einführung des Kosmos...

Billige Hosen Engros Export Detail. Hosegrößen 16 bis 22. Hosenfabrik Weinbergsweg 7.

Achtung! Händler! Seifen, Doppelpierse, Cellulosepulver, Toilettenseife, etc. Billigste Bezugsquelle. Huth, Brunnenstr. 109.

Kleine Anzeigen. Annahme in allen Verlagsstellen. Von Haderichstr. 2, III., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.

BOTENFRAUEN stellt sofort ein. Hauptexp. der „Freiheit“. Breite Straße 8-9.

Zur politischen Lage Jetzt aktuell! Karl Kautsky. Wie der Weltkrieg entstand. Preis 6.- Mark.

Verkäufe. Waren, Reichender Str. 7, verkauft gegen Kasse. Waren, Reichender Str. 7.

Fahrräder. Fahrrad, moderner, mit allen Annehmlichkeiten. Fahrrad, moderner, mit allen Annehmlichkeiten.

Anfiederungen. Angelager, Auto-Fuhrabtriebe, hochgehende Maschinen. Angelager, Auto-Fuhrabtriebe, hochgehende Maschinen.

Botenfrauen Expedit. Johannistr. 9. (Ecke Wehrstraße.)

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2. Breite Straße 8-9. Auch in allen Filialen erhältlich.

Fahrräder. Fahrrad, moderner, mit allen Annehmlichkeiten. Fahrrad, moderner, mit allen Annehmlichkeiten.

Möbel. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc.

Selbstbau. Holzwerkzeug, etc. Holzwerkzeug, etc.

Wanderkarten für alle Gegenden erzählt man in der Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

Wanzen Pfeifferol. Moosen, Pflanze, Hölzer, etc. Wanzen Pfeifferol. Moosen, Pflanze, Hölzer, etc.

Möbel. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc.

Möbel. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc. Schallengänge 200.- bis 575.-, Umbauplätze, etc.

Selbstbau. Holzwerkzeug, etc. Holzwerkzeug, etc.

Foto-Apparate. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhlner, Berlin N 66, Schulstraße 14.